
Anfrage der FWG-Stadtratsfraktion; Freihandelsabkommen

KSD 20140173



FWG, Freie Wählergruppe Ludwigshafen
Schuckertstraße 8, 67063 Ludwigshafen

**Freie Wählergruppe
Ludwigshafen e.V.
Stadtratsfraktion**

**An
Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse**

Ludwigshafen, den 08.09.2014

**Freihandelsabkommen
Anfrage zum Stadtrat am 29.09.2014**

Sehr geehrte Frau Dr. Lohse,

Die EU verhandelt seit geraumer Zeit mit verschiedenen Ländern über Freihandelsabkommen.

Zahlreiche Bereiche, in denen die Bundesländer und Gemeinden über eigene Kompetenzen verfügen (z.B. Wasserversorgung oder kommunale Kliniken), sind hiervon betroffen. Trotz der immensen Bedeutung dieser Freihandelsabkommen sind weder die Bundesländer noch die Kommunen an den Verhandlungen beteiligt worden. Ebenso wie große Teile der Öffentlichkeit rätseln Landes- und Kommunalpolitiker über den Inhalt, die Reichweite und die möglichen Konsequenzen dieser Verträge.

Aus diesem Grund bitten wir Sie um die Beantwortung der folgenden Fragen:

Welche neuen Erkenntnisse hat der Deutsche Städtetag, seit dem Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetags am 12. Februar 2014 in München, bzgl. der laufenden TTIP-, TiSA- und CETA-Verhandlungen gewonnen?

Ist die kommunale Selbstbestimmung gefährdet, falls Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge Verhandlungsgegenstand wird und in welchem Umfang?

In welchem Umfang sind kommunale Vertreter in die Verhandlungen eingebunden und werden über die Ergebnisse informiert?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rainer Metz
Fraktionsvorsitzender